

# Der Fleck im Programm des Nationalverbandes.

Von Universitätsprofessor Dr. Bruno Raska.

Prag, im März.

Das Communiqué des Deutschen Nationalverbandes vom 21. Januar, das durch den Leitsatz von der Ausgestaltung der Kronlandsautonomie so sehr überraschte, gewährte nicht bloß keinen Aufschluß über Inhalt und Ausmaß der gewünschten „Ausgestaltung“, sondern verzichtete auch auf jede sachliche oder taktische Rechtfertigung des föderalistischen Postulates. Die Führer des Nationalverbandes haben damals wohl erwartet, daß der ominöse Reformwunsch, eingefügt in ein Bukett anderer, zum Teil selbstverständlicher Forderungen, keiner besonderen Aufmerksamkeit gewürdigt oder doch jedenfalls mit jener kritiklosen Ergebenheit hingenommen werden würde, mit der die Deutschen Oesterreichs in der Zeit vor dem Kriege manches befremdliche Tun und Unterlassen des Nationalverbandes über sich haben ergehen lassen. Diese Hoffnungen sind getäuscht worden, und von maßgebenden Seiten innerhalb und erfreulicherweise auch außerhalb der Sudetenländer ist entschiedenster Widerspruch laut geworden. Von Seiten des Nationalverbandes suchte man der immer weitere Kreise ziehenden Protestaktion zunächst auf privatem und sozusagen verbandsoffiziösem Wege beizukommen. In Deutschböhmen erklärten maßgebende Abgeordnete gesprächsweise mit mehr verlegener als überlegener Geste, daß man den autonomistischen Leitsatz nicht so ernst zu nehmen brauche, daß man im Schoße des Nationalverbandes noch gar keine rechte Vorstellung von dem Wesen der angeregten Ausgestaltung der Länderautonomie gewonnen habe, daß überhaupt nur die innerösterreichischen Gebiete in Betracht kämen, somit für Böhmen gar keine Gefahr drohe, und dergleichen mehr. Publizistisch aber suchte eines der führenden Mitglieder des Verbandes, das mit offenkundiger Befriedigung seine Nichtbeteiligung an der Festsetzung der Leitsätze feststellte, die Worte „Ausgestaltung der Autonomie der Länder“ gewissermaßen als einen neutralen Ausdruck erscheinen zu lassen, die ebensogut im Sinne einer Ausweitung wie einer Einengung der Kronlandsautonomie gedeutet werden könne. Derartige Aufklärungs- und Beschwichtigungsversuche konnten natürlich nur verwirrend und aufreizend wirken, und so glaubte man schließlich, durch ein zweites Communiqué einen offiziellen Schritt tun zu müssen.

Dieses Communiqué ist der unglücklichste Entschuldigungsversuch, den man sich denken kann, und führt die große Ungeschicklichkeit, die der föderalistische Passus im Programm des Nationalverbandes bedeutet, mit größerer Deutlichkeit vor Augen, als dies die schärfsten Kritiker vermochten. Die größte deutsche Partei nimmt in entscheidender Stunde zu dem wichtigsten innerpolitischen Probleme, das sich seit Jahrzehnten ergeben hat, durch die Aufstellung einer Reihe von Leitsätzen Stellung. Man sollte meinen, daß jeder dieser Sätze das Ergebnis reiflichster und reifster Erwägung unter dem Gesichtspunkte des Endzieles der angestrebten Reform gewesen ist, daß seine Notwendigkeit für dieses Endziel zumindest nach der — zutreffenden oder unrichtigen — Urberzeugung derer, die für das Programm verantwortlich zeichnen, unbedingt feststeht. Es durfte somit erwartet werden, daß der Nationalverband die Verteidigung seines angefochtenen Postulats durch einen Nachweis in dieser Richtung führen würde. Aber das Communiqué versucht gar nichts dergleichen und will nur beweisen, daß die Ausgestaltung der Kronlandsautonomie nicht schädlich, nicht gefährlich sei. Nur nicht schädlich, nur nicht gefährlich? Man muß notwendig fragen, mit welchem Rechte als scheinbares Mittel zum Zwecke, das heißt zum Endzwecke der als notwendig empfundenen Neuordnung, eine Maßnahme verlangt wird, von der im günstigsten Falle nur ausgesagt werden kann, daß sie diesen Endzweck nicht beeinträchtigt oder gefährdet. Uebrigens ist vorliegend dieser günstigste Fall gar nicht gegeben, denn dem Nationalverband ist auch jener Nachweis, den er überhaupt versucht hat, mißlungen. Böllig mißlungen, trotzdem sich das Communiqué die Sache recht leicht gemacht und nur zu jenen Einwänden der öffentlichen Diskussion Stellung genommen hat, die eine Bedrohung der nationalen Interessen wichtiger Teile des deutschösterreichischen Volkes behaupteten. Wir in Böhmen sind überzeugt und müssen auf Grund unserer in jahrzehntelangen Kämpfen gereiften Einsicht notwendig überzeugt sein, daß jede Ausweitung der böhmischen Landesautonomie einen tödlichen Schlag gegen die nationale und politische Rechtsstellung des böhmischen Deutschtums bedeutet, daß die erweiterte böhmische Landesautonomie, mögen die Intentionen ihrer Schöpfer welche immer sein, notwendig eine Erweiterung des tschechischen Einflusses in sich schließt und daß alle noch so fein ausgeklügelten Schutzmaßnahmen diese Entwicklung vielleicht verzögern, aber gewiß nicht hindern können. Zentralismus und Föderalismus sind eben bei aller Vieldeutigkeit dieser Begriffe denn doch nicht, wie manche Politiker unter ihnen glauben, leere und inhaltslose Formen, die verschiedenartig und daher auch so ausgefüllt werden können, daß die nationalen Interessen der Deutschen in Oesterreich unter der Herrschaft eines weitgehenden Föderalismus ebensogut oder gar noch besser gewahrt erscheinen als im Zeichen eines strammen Zentralismus. Aber ich will diesen Punkt gar nicht so sehr in den Vordergrund stellen. Denn bei dem Problemenkomplex der künftigen Neugestaltung Oesterreichs handelt es sich doch vor allem darum, was der Staat für sich braucht. Das aber ist: ein in allen Staatsteilen und in allen Volksschichten lebendiger Staatsgedanke, bedeutend nicht allein ein oberflächliches, durch Einschränkungen und Vorbehalte aller Art angekränkeltes Bekennen zum Staate, sondern ein vertieftes und festverankertes Verständnis für die Aufgaben des Staates, für seine Macht und Größe und für die Pflichten gegen den Staat, die Kräftigung dieses Staatsbewußtseins überall und seine Ausbildung dort, wo es bisher fehlte, ferner für die Zwecke dieses Kräftigungs- und Entwicklungsprozesses, aber auch sonst und über die Zeit der Erziehung hinaus einen starken, kräftig wirkenden Staatswillen. Diese obersten Ziele jeglicher Neuordnung sind wahrscheinlich ohne eine Einengung der bestehenden Kronlandsautonomie, jedenfalls

1916

3